

N i e d e r s c h r i f t

der 14. Tagung des Stadtrates am 28.09.2005

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal
Zeit: 14:05 Uhr bis 17:45 Uhr
Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Oberbürgermeisterin Ingrid Häußler		
Herr Harald Bartl	CDU	
Herr Martin Bauersfeld	CDU	
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	
Herr Bernhard Bönisch	CDU	
Herr Milad El-Khalil	CDU	
Herr Joachim Geuther	CDU	
Herr Thomas Godenrath	CDU	
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU	
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Frank Sänger	CDU	
Herrn Gernot Töpfer	CDU	
Frau Isa Weiß	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	Linkspartei. PDS	
Frau Ute Haupt	Linkspartei. PDS	
Herr Uwe Heft	Linkspartei. PDS	anwesend ab 15:00 Uhr
Herr Hendrik Lange	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Bodo Meerheim	Linkspartei. PDS	
Frau Elisabeth Nagel	Linkspartei. PDS	
Herr Erhard Preuk	Linkspartei. PDS	
Herr Hans-Jürgen Schiller	Linkspartei. PDS	
Frau Frigga Schlüter-Gerboth	Linkspartei. PDS	
Herr Rudenz Schramm	Linkspartei. PDS	
Frau Dr. Petra Sitte	Linkspartei. PDS	anwesend ab 15:00 Uhr
Frau Heidrun Tannenberg	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Mohamed Yousif	Linkspartei. PDS	
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD	
Herr Dr. Frank Eigenfeld	SPD	
Frau Gertrud Ewert	SPD	
Herr Thomas Felke	SPD	
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Herr Gottfried Koehn	SPD	
Herr Johannes Krause	SPD	anwesend ab 16:20 Uhr
Herr Dr. Andreas Schmidt	SPD	
Herr Andreas Hajek	FDP	
Herr Heinz Maluch	GRAUE	
Herr Friedemann Scholze	FDP	
Frau Brigitte Thieme	GRAUE	
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Herr Prof. Ludwig Ehrler	MitBürger	
Frau Dr. Gesine Haerting	GRÜNE	
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE	anwesend ab 14:30 Uhr
Herr Joachim Knauerhase	WIR. FÜR HALLE	
Frau Elke Schwabe	WIR. FÜR HALLE	
Frau Prof. Dorothea Vent	MitBürger	
Herr Dietmar Weihrich	GRÜNE	anwesend ab 14:30 Uhr
Frau Andrea Machleid	NPD	
Herr Eberhard Doege	BG	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	BG	
Herr Dr. Thomas Pohlack	BG	
Frau Dagmar Szabados	Bgm	

Entschuldigt fehlen:

Herr Oliver Christoph Klaus	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	Linkspartei. PDS
Herr Michael Zeidler	SPD
Herr Manfred Schuster	WG VS 90
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UNABHÄNGIGE
Frau Dr. Eva Mahn	MitBürger
Herr Mathias Weiland	GRÜNE

zu **Einwohnerfragestunde**

Wortprotokoll:

Die Einwohnerfragestunde wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald B a r t l**.

Herr **Schönfeld** sprach Veränderungen auf der „Kulturinsel“ an, die seit dem Intendantenwechsel vorgenommen worden seien. Werbematerialien seien auf dem Müll gelandet, die frühere „Kommode“ - jetzt „Werft“ - sei umgebaut worden, sei eine Spielstätte geworden, die außerordentlich behinderten- und auch seniorenunfreundlich sei. Wer habe diese Bauarbeiten genehmigt?

Das, was als besonderer Glücksfall bewertet worden sei, die Einheit von Theater, Galerie, Bibliothek und Lesesaal, sei zerstört worden. Die Bibliothek sei ausgelagert worden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, Herr Werner habe bei seiner Bewerbung um die Intendanz des „neuen theaters“ ein Konzept vorgestellt, das von Stadtrat und Verwaltung akzeptiert worden sei. Darin sei dargestellt worden, dass die „Kulturinsel“ als Gesamtkunstwerk weitergeführt werden soll, sogar deren einzelnen Aktivitäten noch stärker miteinander verbunden werden sollen, indem sie unter eine gemeinsame Überschrift gestellt werden. Diesem Konzept entsprechend sei jetzt gehandelt worden. Dass dies mit Veränderungen innerhalb des „neuen theaters“ verbunden ist, sei zu erwarten gewesen. Es beginne jetzt die Zeit der Intendanz von Herrn Werner, da werde nicht mehr alles so sein, wie es zur Zeit von Herrn Sodann gewesen sei. Für die Bibliothek sei vereinbart worden, sich ein Jahr Zeit zu nehmen, um ein Konzept zu finden, wie es damit weitergehen könne. Was die Baulichkeiten bezüglich der Behindertengerechtigkeit innerhalb des Theaters angehe, werde sich die Verwaltung mit diesen Fragen noch einmal auseinandersetzen. Vom Grundsatz her müsse Herr Werner aber eine Chance haben, mit seinem neuen Konzept zu starten; dies sollte einfach auch einmal wohlwollend beobachtet werden.

Herr **Schmid** fragte, warum der Tagesordnungspunkt mit der Vorlage „Durchführung eines PPP für die Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten“ im nichtöffentlichen Teil behandelt werde. Wann und wie gedenke die Verwaltung, die interessierte Öffentlichkeit darüber zu informieren?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, die Vorlage werde nichtöffentlich behandelt, weil sehr differenzierte Wirtschaftlichkeitsdaten für die einzelnen Einrichtungen verwendet würden, die nicht einfach in der Öffentlichkeit dargestellt werden könnten. Das Ergebnis werde veröffentlicht, sowieso in der nächsten Tagung, aber auch begleitend mit einer Presseerklärung. Wenn Interesse bestehe, Näheres darüber zu erfahren, biete sie auch ein Gespräch in der Verwaltung an.

Frau **Kluge** von der Bürgerinitiative der Wohngegend im westlichen Teil Halle-Neustadts ging auf Aussagen der einzelnen Wohnungsgenossenschaften ein, die im Widerspruch zu den Unterlagen des Stadtplanungsamtes stünden, die sie erhalten hätten.

Die Bürger dieses Stadtgebietes seien an einem Erhalt dieses Wohngebietes interessiert, fühlten sich dort sehr wohl.

Sie fragte, ob Stadtrat und Stadtverwaltung wüssten, welche Belastung auf die Menschen bei einem flächendeckenden Abriss zukommen. Wie lange müssten sie in der Ungewissheit mit der Frage, wo sie dann wohnen sollen, leben? Wie sähe der Mietspiegel in zentral gelegenen Wohnungen aus?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug einen Gesprächstermin vor der nächsten Aufsichtsratssitz der GWG vor, bei dem man sich in Ruhe über die Angelegenheit verständigen könne.

Frau **Uhlig** fragte nach einer Alternative zur Streichung von 2 Mio. € im Bereich der Jugendhilfe.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, es gehe nicht darum, bei den Bedürftigen zu sparen. Man könne in den öffentlichen Sitzungen des Jugendhilfeausschusses mitverfolgen, dass über Umstrukturierungen versucht werde, dieses Defizit auszugleichen. Es solle erreicht werden, dass die Hilfe zur Erziehung – um die gehe es in diesem Punkt – nicht mehr so teuer wird, sie preiswerter gestaltet werden müsse, ohne an Qualität zu verlieren. Es solle nicht an den Leistungen für Jugendliche gespart werden, sondern durch Einbindung anderer Ressourcen, durch Netzwerke Hilfe erreicht werden.

Frau **Uhlig** nannte Beispiele für Bildungsangebote, z.B. in der Wittekindschule, wo für die Kinder keine ausreichenden Büchersätze zur Verfügung stünden. Jugendklubs würden geschlossen. Sie könne sich nicht vorstellen, wo da noch effektiver angesetzt werden könnte. Wenn man an einer Stelle einspare und die Probleme beginnen eigentlich an einer ganz anderen Stelle, dann müsse man ein Gesamtkonzept schaffen, um Abhilfe zu schaffen.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** bestätigte, man müsse dieses Problem in seiner Gesamtheit sehen, das sähe die Verwaltung auch so. Sie bot einen Gesprächstermin für weitere Erläuterungen an.

Herr **Julich** kam auf die Inanspruchnahme, Verwaltung und Kontrolle von freiwilligen sozialen Leistungen in der Stadt Halle zu sprechen. Er habe im Januar 2005 der Verwaltung schriftlich bekannt gemacht, dass freiwillige soziale Leistungen der Stadt Halle in Höhe von ca. 40 T€ von einem Träger erschlichen worden seien. Es lägen Unterlagen und klare Hinweise vor, dass von einem Träger gegenüber der Stadt bewusst falsche Angaben gemacht worden seien. Auf seine schriftlichen Beschwerden habe er keine Antwort erhalten. Vor kurzem habe er gehört, dass nunmehr ein Rückforderungsbescheid an diesen Träger ergangen sei. Könne dies bestätigt werden? Wie hoch sei diese Rückforderung? Wie wollen Stadtrat und Stadt den anderen Trägern, Vereinen und Bürgerinitiativen begründen, dass auf der einen Seite ein Träger tief in das Stadtsäckel greife und auf der anderen Seite viele Anträge von Vereinen u. a. für soziale Projekte abgelehnt werden müssen. Soll in Zukunft die Förderrichtlinie, veröffentlicht auf der Internetseite unter Stadtrecht, konsequent angewendet werden oder solle es da Unterscheide zwischen dem einen oder anderen Träger geben?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** antwortete, die Stadt Halle richte sich natürlich nach den Richtlinien für Förderung. Die Ausschüsse des Stadtrates würden einbezogen, und es würden Prioritäten gesetzt, nach denen eine Fördermittelvergabe für die so genannten freiwilligen Aufgaben erfolge. Die Verwaltung sei gehalten, die Verwendungsnachweise zu prüfen. Entsprechenden Hinweisen werde nachgegangen, so auch in dem geschilderten Fall. Die Verwaltung habe reagiert. Das sei Herrn Julich mündlich und schriftlich mitgeteilt worden. Auch seien die Ausschüsse über den Stand informiert worden.

Herr **Julich** übergab Beweisdokumente und betonte, es sei keine Trägerangelegenheit, wenn es um rechtmäßiges Handeln laut Förderrichtlinie gehe, wenn es um Gelder gehe, die zweckentfremdet bzw. erschlichen worden seien.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Einwohnerfragstunde.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die 14. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn **Harald Bartl**.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, bat mit einem Geschäftsordnungsantrag um eine Auszeit für seine Fraktion.

Dem wurde stattgegeben, der Stadtrat nahm eine kurze **Auszeit**.

Herr **Bartl** stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (81%) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, stellte namens seiner Fraktion den **Antrag auf Absetzung von TOP 5.2** – Wahl der/des neuen Beigeordneten des Geschäftsbereiches I – Zentraler Service – Vorlage IV/2005/05204.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, sprach sich namens seiner Fraktion gegen diesen Antrag aus.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, erklärte, seine Fraktion werde dem Antrag zustimmen. Es sei zu erwarten, dass es zu einem Minderheitenvotum kommen werde, und man glaube, dass dies nicht geeignet sei für die Wahl einer so wichtigen Position in der Stadt.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag auf Absetzung: mehrheitlich z u g e s t i m m t

bei 29 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Herr **Bartl** gab bekannt, dass ein Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Linkspartei. PDS zur Stellungnahme der Stadt Halle zum Plan ÖPNV des Landes Sachsen-Anhalt vorliege.

Herr **Heft**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, begründete die Dringlichkeit dieses Antrages. Der Entwurf dieses Planes sei der Stadt kurzfristig zugestellt worden mit der Bitte um Stellungnahme bis zum 30.09.2005. Da auch relevante Punkte behandelt würden, die in die Nahverkehrsplanung der Stadt eingriffen, sei die Dringlichkeit geboten.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, stellte fest, die Stadt habe eine Nachfrist zur Einreichung einer Stellungnahme bis zum 16.10.2005 erreicht. Er schlage vor, die Stellungnahme der Stadt zu diesem Plan ausführlich im Planungsausschuss zu diskutieren.

Weitere Wortmeldungen bezüglich des Dringlichkeitsantrages gab es nicht.

Abstimmung Aufnahme Dringlichkeitsantrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Herr **Bartl** teilte mit, dass Änderungen bzw. Ergänzungen zu den Tagesordnungspunkten 5.1, 5.3 und 5.6 vorlägen. Bei TOP 5.6 sei ein Änderungsantrag von Herrn Stadtrat Wehrich mit zu behandeln.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, nahm Bezug auf TOP 5.6 – Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 17 „Ortsumgehung Reideburg“. Diese Vorlage sei im zuständigen Fachausschuss abgelehnt worden. Seiner Meinung nach sollte dazu noch einmal im Hauptausschuss beraten werden.

Herr **Dr. Pohlack** schlug vor, diesen TOP noch einmal in den Planungsausschuss zurückzuverweisen.

Herr **Bönisch** stellte fest, wenn die Verwaltung diesen Tagesordnungspunkt zurückziehe, müsse nicht weiter diskutiert werden.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Damit wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.08.2005**
4. **Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 31.08.2005 gefassten Beschlüsse**

5. Vorlagen

- 5.1. **Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003**
Vorlage: IV/2005/05174
- 5.2. *Wahl der/des neuen Beigeordneten des Geschäftsbereiches I - Zentraler Service*
Vorlage: IV/2005/05204 **zurückgezogen und verschoben auf Oktober 2005**
- 5.3. **Gutachten zur "Strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung der Stadt Halle"**
Vorlage: IV/2005/05095
- 5.4. **Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Halle vom 26.01.2000 zur Bildung des Polizeibeirates**
Vorlage: IV/2005/05013
- 5.5. **Neufassung der Vereinbarung über die bestehende Städtepartnerschaft zwischen Halle (Saale) und Linz**
Vorlage: IV/2005/05133
- 5.6. *Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 17 "Ortsumgehung Reideburg"*
Vorlage: IV/2005/05101 **zurückgezogen**
- 5.6.1 *Änderungsantrag des Stadtrates Dietmar Wehrich, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, zur Beschlussvorlage "Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 17 - Ortsumgehung Reideburg" (Vorlagen-Nr. IV/2005/05101)*
Vorlage: IV/2005/05263 **zurückgezogen**
- 5.7. **Bebauungsplan Nr. 140 Ortskern Dölau - Aufstellungsbeschluss**
Vorlage: IV/2005/04984
- 5.8. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlage: IV/2005/05187
- 5.9. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der GWG für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**
Vorlage: IV/2005/05100
- 5.10. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH**
Vorlage: IV/2005/05078
- 5.11. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG**
Vorlage: IV/2005/05117
- 5.12. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH**
Vorlage: IV/2005/05118
- 5.13. **Feststellung Jahresabschluss 2004 der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH**
Vorlage: IV/2005/05119

- 5.14. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Bio-Zentrum Halle GmbH**
Vorlage: IV/2005/05120
- 5.15. Feststellung Jahresabschluss 2004 der "Akazienhof" gemeinnützige
Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH**
Vorlage: IV/2005/05106
- 5.16. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin**
Vorlage: IV/2005/05104
- 5.17. Feststellung Jahresabschluss 2004 der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH**
Vorlage: IV/2005/05111
- 6. Wiedervorlage**
- 6.1. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zum
Haushalt 2006**
Vorlage: IV/2005/05041
- 6.2. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Aufstellung touristischer Hinweisschilder**
Vorlage: IV/2005/05048
- 7. Anträge von Fraktionen und Stadträten**
- 7.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Benennung eines sachkundigen Einwohners
im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung**
Vorlage: IV/2005/05217
- 7.2. Antrag des Stadtrates Heinz Maluch und der Stadträtin Brigitte Thieme - Die
Grauen-Graue Panther - zur Seniorenpolitik der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05222
- 7.3. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur
Erweiterung der Vorgartensatzung**
Vorlage: IV/2005/05221
- 7.4. Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur
nachhaltigen Energieversorgung städtischer Gebäude zu wettbewerbsfähigen
Preisen**
Vorlage: IV/2005/05219
- 7.5. Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - zum
Energiesparen in Dienstgebäuden der Stadtverwaltung**
Vorlage: IV/2005/05223
- 8. Anfragen von Stadträten**
- 8.1. Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - über die
Einbürgerung von AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: IV/2005/05195
- 8.2. Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der Situation HERMES-
Areal**
Vorlage: IV/2005/05215

- 8.3. Anfrage der CDU-Fraktion zum Ergebnis der zeitweiligen Öffnung der Kaiserslauterer Straße**
Vorlage: IV/2005/05212
- 8.4. Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur zentralen Vorverkaufskasse**
Vorlage: IV/2005/05220
- 8.5. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Arbeitsmarktpolitischen Programm, Stand 2005, der ARGE**
Vorlage: IV/2005/05225
- 8.6. Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"**
Vorlage: IV/2005/05226
- 9. Mündliche Anfragen von Stadträten**
- 10. Mitteilungen**
- 10.1. Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "31. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof"**
Vorlage: IV/2005/05192
- 11. Anträge auf Akteneinsicht**

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 31.08.2005

Wortprotokoll:

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift der 13. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 31.08.2005.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Die Niederschrift der 13. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 31.08.2005 wurde in der vorliegenden Fassung g e n e h m i g t.

**zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung am 31.08.2005
 gefassten Beschlüsse**

Wortprotokoll:

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Inhalt von zwei in nichtöffentlicher Beratung in der 13. Tagung am 31.08.2005 gefassten Beschlüssen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, widersprach Tonaufnahmen während der Tagung.

zu 5 Vorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005, Haushaltskonsolidierung sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2003

Vorlage: IV/2005/05174

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erläuterte die Situation. Die Stadt Halle habe einen Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der auch beschlossen worden sei. Die Kommunalaufsicht habe diesen Haushaltsplan aus zwei wesentlichen Gründen, die sich auf das Konsolidierungskonzept bezogen, nicht akzeptieren können; auf der einen Seite sei die Untersetzung für die Ablösung der Altdefizite nicht ausreichend und schlüssig gewesen, die andere Seite sei die Nichtuntersetzung der 25 Mio. €, die erst im Mai 2005 beschlossen worden waren.

In den letzten Wochen habe sich die Verwaltung bemüht, den Anforderungen der Kommunalaufsicht zu entsprechen und dem Stadtrat die entsprechenden Papiere vorgelegt. Der Prozess der Diskussion um diese Papiere sei durch ziemliche Auseinandersetzungen geprägt gewesen. Es sollte jedoch das Anliegen verbinden, zu einer Haushaltsgenehmigung für die Stadt Halle für das Jahr 2005 zu gelangen.

Sie appelliere an den Stadtrat, heute zu versuchen, eine Zustimmung zustande zu bringen, damit man die Haushaltsgenehmigung erreiche.

Herr **Dr. Meerheim**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, führte aus, die Stadtverwaltung müsse teilweise auch in Schutz genommen werden für das, was in den letzten Wochen und Monaten passiert sei. Zu registrieren habe man auf jeden Fall eine heftige Ungleichbehandlung der entsprechenden Landesinstitutionen zwischen den Städten Magdeburg und Halle. Das könne man in verschiedenen Schreiben, die die Stadtverwaltung zur Kenntnis gegeben habe, nachvollziehen. Die Landtagsabgeordneten, die gleichzeitig auch Stadträte seien, sollten das im Landtag und in den Ausschüssen ansprechen, um dies in Zukunft zu verhindern.

Er erinnere, dass es sich bei den 25 Mio. €, um die es im Wesentlichen gehe und die durch das Landesverwaltungsamt beanstandet wurden, um ein Loch handle, dass die Stadt nicht in jeder Beziehung selbst zu verantworten habe.

Im Vergleich zum Jahre 2000 seien die Landeszuschüsse um 50 Mio. € zurückgegangen; d.h. es würden auch von außen Zwänge auferlegt. Betrachte man die Ursachen für eine solche Zuschussminderung des Landes, müsse man darüber nachdenken, dass dies die Landesregierung möglicherweise nicht aus eigenem Antrieb getan habe, sondern die Ursache in der Steuerpolitik der Bundesrepublik liege, die kommunalfeindlich sei.

In den jetzt vorgelegten Maßnahmen zur Einsparung dieser 25 Mio. € sähe er eine Gefahr, dass durch die Streuung der Kürzungen möglicherweise erhebliche Qualitätsverluste in den nächsten Jahren im kulturellen Bereich zu verzeichnen sein könnten.

Besser wäre es gewesen, - was jedoch die Kürze der Zeit nicht zugelassen habe - sich über die Frage zu unterhalten, welche Kultur wolle oder könne man sich in dieser Stadt noch leisten. Diese Frage sei jedoch in den letzten Wochen und Monaten nicht gestellt worden, auch nicht während der Diskussion zum eigentlichen Haushaltsplan und der

Haushaltssatzung. Aus den genannten Gründen, aber auch aus der in der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses diskutierten geplanten Einnahmeerhöhung im Bereich des Konservatoriums werde seine Fraktion in der Mehrheit dem Haushaltskonsolidierungskonzept nicht zustimmen.

Seine Fraktion sei der Meinung, dass man es sogar darauf ankommen lassen könnte, unter den gegebenen Verhältnissen und neuerlichen Ankündigungen, einen Zwangsverwalter ins Haus zu holen, um den Druck auf die politischen Gremien, die für diese Situation mit verantwortlich seien, zu erhöhen.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, äußerte sein Erstaunen über die Rede von Herrn Dr. Meerheim. Seine Fraktion habe dem ursprünglichen Haushaltsentwurf im Juni nicht zugestimmt; die Gründe seien zur Genüge dargelegt worden. Es sei heute eine andere Situation entstanden. Herr Dr. Meerheim komme jetzt mit der großen politischen Geste und sage, man müsse die Bundespolitik verändern, um in den Kommunen im Allgemeinen und in Halle im Besonderen bessere Verhältnisse herzustellen. Er sähe sich leider nicht in der Lage, dies nachzuvollziehen, weil – er natürlich in der Sache schon Recht habe – man zuerst einmal gucken müsse, was in der Stadt unabdingbar sei. Verschiedene Projekte seien geplant und zu finanzieren; es hänge jetzt nur an der Haushaltsgenehmigung. Man habe jedes Jahr eine ähnliche Situation, immer sehr spät den Haushalt zu verabschieden. Unter ganz pragmatischen Erwägungen stimme seine Fraktion diesmal zu. Man finde auch nicht alles glücklich, aber es sei ein Einsparwille in diesem Konsolidierungskonzept erklärt, dem sich seine Fraktion anschließen könne. Man tue dies ausdrücklich nicht nur, weil das Landesverwaltungsamt das wolle, sondern man sähe selbst die Veranlassung, sich zum Sparen zu bemühen. Man habe hier eine Vorlage ohne Konzepte; man bestehe darauf, dass die Fachkonzepte auch tatsächlich mitdiskutiert werden und werde die Umsetzung der angekündigten Maßnahmen sehr intensiv begleitet. Die Diskussion dazu müsse ständig fortgeführt werden. Dazu sei man im Finanzausschuss und in den Fachausschüssen auf einem guten Weg.

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion werde dem Haushalt zustimmen. Man finde, es gäbe in dieser Situation keine Alternative; sonst würden auf jeden Fall drastischere Maßnahmen aufgedrückt werden. In den einzelnen Fachausschüssen sei ausgiebig über die derzeitige Situation diskutiert worden, manches sehr kurzfristig, z.B. im Kulturbereich. Man habe sich jedoch bemüht, in einer Sondersitzung viele Dinge zu klären. Man wolle versuchen, eng mit den Theatern und den verschiedenen städtischen Einrichtungen zusammenzuarbeiten, auch auf der Basis der zu erstellenden Fachkonzepte und die drastischen Einschnitte möglichst so zu kompensieren, dass auf verschiedenen Ebenen doch nicht so viel Schaden entstehen werde, wie es zunächst aussähe. Sie denke, dass der gute Wille dafür in den Ausschüssen und bei den einzelnen Beteiligten da sei.

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR . FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, ging auf die bisherigen Wortmeldungen ein. Vieles Richtige sei über die schwierige Situation mit dem nicht genehmigten Haushalt gesagt worden, auch über die Ursachen. Was ihr aber fehle, sei der Hinweis darauf, wo auch dieser Stadtrat seinen Anteil an diesem Haushaltsloch habe. Stichpunkte seien vorauseilender Gehorsam beim Erwerb der Flächen für die BMW-Bewerbung, die unverhältnismäßige Beteiligung an der Finanzierung der Olympiabewerbung, der ins Auge gefasste Neubau des Stadions und PHÄNOMENA. Solange man nicht lerne, auch Folgekosten abzuschätzen und zu werten zwischen dem, was da und zu erhalten sei oder ob man noch einmal glücklos etwas Neues anfangen, solange man diese Abwägung nicht lerne, werde man aus diesem strukturellen Defizit nie herauskommen.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, kam auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Meerheim zurück, die ihn verwundert habe, weil der Haushalt, wie er zunächst beschlossen worden sei, in seiner Gesamtheit auch kein Vergnügen gewesen sei; auch da seien bereits an vielen Stellen Einsparungen vorgenommen worden. Politisch gesehen könnte man es sich einfach machen: PDS, CDU und seine Fraktionsgemeinschaft stimmten dem Haushalt nicht zu, man bekomme einen Zwangsverwalter und sage der Oberbürgermeisterin, sie sei gescheitert. Aber man müsse sich auch überlegen, welche Folgen für die Stadt Halle aus einer solchen Entscheidung herauskämen. Da stelle man fest, dass dies letztendlich für die über 200 000 Einwohner nicht zielführend wäre.

Mit diesem zusätzlichen Beschluss zu dem bereits beschlossenen Haushalt habe man eine ganze Menge an weiteren Einsparungen zu erbringen. In dieser Situation sei es sehr trefflich, die Schuld auf Land und Bund zu schieben, aber eigentlich sei man an vielen Dingen in der Stadt Halle auch immer selbst beteiligt gewesen. Er erinnere daran, dass bereits im Jahr 2004 eine Auflage von der Kommunalaufsicht ergangen sei, Konzepte zu entwickeln, wie man sich den Abbau der Altdefizite vorstelle. Das habe der Stadtrat nicht gemacht, habe stattdessen einen Dreizeiler beschlossen, dass die BMA gegründet werden solle und weitere Entscheidungen auf das späte Frühjahr 2005 verschoben.

Wenn die Stadt getroffene Auflagen, damals noch unter der Bedingung eines nicht beanstandeten Haushaltes, nicht einhalte, müsse sie auch irgendwann damit rechnen, dass die Kommunalaufsicht die Daumenschrauben anziehe. Man müsse auch sehen, wenn dieser Druck nicht da wäre, würde es womöglich in diesem Stadtrat keine Bewegung geben, an der einen oder anderen Stelle die Hand zu einem Ja zu heben, auch an Stellen, wo es schmerze wie bei Einsparungen im Kulturbereich. Letztendlich seien dies jedoch alles Maßnahmen, die man schon in den vergangenen Jahren hätte treffen können. Wenn man sich noch ein Stück weit kommunale Selbstverwaltung erhalten wolle, dann müsse man in diesen sauren Apfel beißen, wenn man im laufenden Jahr 2005 und im kommenden Jahr 2006 diese kommunale Selbstverwaltung noch wahrnehmen möchte.

Herr **Prof. Ehrler**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, meinte, was ihn bei der Problematik der zusätzlichen Spargelder im Kulturhaushalt bewegt habe, im Fachausschuss dagegen zu stimmen, sei, dass man nicht einfach ohne Widerspruch anerkennen könne, dass Halle einmal Wert darauf gelegt habe, Kulturhauptstadt des Landes Sachsen-Anhalt zu sein, sondern man sich bemühen müsse, das auch in Zukunft zu sein. Jetzt komme man an die bittere Stelle, wo diese Behauptung etwas koste.

Die Stadt müsse sich darüber klar werden, was sie diesbezüglich sein wolle. Die Mittel im Kulturbereich – bei manchen sei es gut, dass sie als zu hohe Ausgaben an falscher Stelle erkannt worden seien – seien für die Qualität der Häuser von Bedeutung. Da könne man nicht mit den Aussagen des Landesverwaltungsamtes argumentieren, das vorschlage, an welchen Stellen die Stadt zu reduzieren habe. Da müsste mehr Selbstbewusstsein seitens der Verwaltung sein, auch zu sagen, man mache das so und nicht anders. Natürlich müssten dann die Mittel woanders herkommen. Persönlich werde er, obwohl es ihm weh tue für die Einrichtungen, dem Haushalt zustimmen.

Frau **Dr. Bergner**, CDU-Fraktion, äußerte, sie wolle allem, was gut und richtig gesagt worden sei, noch drei Punkte hinzufügen bzw. sie noch einmal herausstreichen. Seit sie dem Stadtrat angehöre, seit 1999, habe man versucht, kulturpolitische Leitlinien für die Stadt zu erarbeiten. Es sei von der Verwaltung kein konsensfähiges Konzept vorgelegt worden. Sie gebe hier noch einmal zu Protokoll, die Verwaltung zu beauftragen, in den nächsten Monaten ein Konzept vorzulegen, das auch mit Einsparungen, Prioritätensetzungen und Profilbestimmungen für die Stadt etwas bieten könne.

Weiterhin gebe sie zu Protokoll, dass man hier Maßnahmen beschließe, obwohl die eigentlichen Beschlüsse, der der Stadtrat zu fassen habe, noch gar nicht bekannt seien, nicht einmal die Grundlagen dafür vorlägen; sie denke dabei an die Schulentwicklungsplanung, die Gebührensätze für das Konservatorium. Sie möchte sich nicht gedrängt sehen, wenn die einzelnen Vorlagen in der Diskussion seien, sondern sich frei fühlen zu entscheiden, was im Einzelfall das Geeignete sei.

Das Dritte sei, dass man viele Maßnahmen in dem Sparpaket habe, die nach Ansicht der Verwaltung – im Gegensatz zu ihrer Meinung – nicht stadtratspflichtig seien; sie denke dabei an das Fachkonzept Konservatorium. Sie möchte, dass dieses Fachkonzept auch im Stadtrat diskutiert und beschlossen werden möge und dabei auch geschaut werden solle, ob die Einsparungen, die angeblich an anderer Stelle nicht möglich seien, vielleicht doch auf andere Weise zu erbringen seien.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, nahm Bezug auf die Äußerungen von Frau Dr. Bergner und wies darauf hin, dass dem Lenkungsausschuss bereits Fachkonzepte vorlägen und dort durchgesprochen worden seien. Da hätte man bereits Einsparmaßnahmen für die Haushaltskonsolidierung vornehmen können, die sie in dem Packen, den man heute vorliegen habe, nicht finden könne.

In allen Ausschüssen, in den fraktionsübergreifend kontrovers diskutiert worden sei, sei gesagt worden, wenn die Summe in den einzelnen Maßnahmen nicht zu erbringen sei, müssten sie irgendwo anders herkommen.

Die Landeszuweisungen für 2006 sollen wieder gekürzt werden und es soll auf diese Summe noch zusätzlich hinzugefügt werden. Sie habe keine Ahnung, wie das am Ende tatsächlich gehen solle und ob dieses Haushaltskonsolidierungskonzept nun mehr wert sei als das vordem beschlossene. Deshalb werde sie sich der Stimme enthalten.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete auf die Frage von Frau Dr. Bergner nach der Vorlage von kulturpolitischen Leitlinien. Im Winter 2002/2003 sei diese Vorlage in den Kulturausschuss eingebracht worden und durchaus konsensfähig gewesen – bei einigen Kritikpunkten. Das Papier sei eine Mischform aus wirklichen Leitlinien abstrakter Natur und Beschreibungen von Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung gewesen. In der weiteren Debatte sei dieses Papier regelrecht zerredet worden. Aus Grund dieses Zerredens habe er sich gezwungen gesehen, dieses Papier zurückzuziehen.

Herr **Wehrich**, Fraktion WIR . FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, erklärte, das Landesverwaltungsamt habe in dem Bescheid zur Ablehnung des Haushalts insbesondere angemerkt, dass nicht nachvollziehbar sei, wo die Konsolidierungseffekte lägen und ob sie realistisch seien. Er könne an Hand des vorliegenden Konsolidierungskonzeptes kaum einen Fortschritt sehen. Beim Abbau des Altdefizits sei man keinen Schritt weiter, da stünden jetzt nur noch absolute Beträge. In der Finanzplanung und auch in diesem 25-Millionen-Konzept seien so viele einzelne Punkte enthalten, die aus seiner Sicht inhaltlich nicht so weit untersetzt seien, dass sie tatsächlich als realistisch angesehen werden können. All das bringe ihn zu der Auffassung, dass die Stadt auch mit diesem Beschluss keine Genehmigung vom Landesverwaltungsamt bekommen werde. Deswegen werde er nicht zustimmen. Persönlich wende er sich auch dagegen, dass der Fachbereich Umwelt in einen Ressort umgewandelt werden soll.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bedankte sich für die verantwortungsbewusste Diskussion. Wenn man sie schon eher in einer solchen Form geführt hätte, wäre man vielleicht ein paar Schritte weiter. Es sei nicht gut, wenn man erst unter dem Druck der Verhältnisse bereit sei, ernsthaft in der Sache und weg von anderen Ambitionen beginne zu diskutieren.

Sie sei nicht der Auffassung wie Herr Dr. Meerheim zu sagen, dass ein Sparkommissar herkommen soll. Wolle man sich in die Hände von jemandem begeben, der niemals so tief in die Einzelheiten hineinschauen könne, wie es dem Stadtrat möglich sei? Es gehe nicht nur

um die Rolle der Oberbürgermeisterin, auch der Stadtrat würde entmündigt; Stadtratsbeschlüsse würden nicht mehr notwendig. So etwas sollte man der Stadt nicht zumuten wollen. Sie gebe jedoch zu, dass es einigermaßen schwer sei, die Zukunft zu beschreiben. Es müsse insgesamt auf allen Ebenen der Wille verbinden zu sehen, was für die Stadt, das Land oder für den Staat insgesamt wirklich wichtig für das Zusammenleben sei. Diese Frage müsse man sich in Halle stellen. Wenn man sich umsähe, was die Ausstattung der Stadt angehe, so sei man eine reiche Stadt. Es helfe, einmal einen Blick in andere Städte zu werfen und zu vergleichen. Es lohne sich, die Diskussion zu führen, was wichtig sei und auf dem gegenwärtigen Standard erhalten bleiben soll und wo man Abstriche machen wolle, weil einfach das Geld nicht mehr werde, sondern höchstens weniger. Sie denke, man sei auf dem richtigen Wege. Dass das eine oder andere Konzept noch nicht so ausgereift ist, sei richtig, müsse diskutiert werden. Sie sage zu, dass man mit allen Konzepten selbstverständlich in den Stadtrat kommen werde. Die Verwaltung habe immer unterschieden zwischen Konzepten, die die reine Verwaltung betreffen und die dem Stadtrat nicht vorgelegt worden seien; darüber sei in den Fachausschüssen berichtet worden. Konzepte, die eine so starke kulturpolitische oder soziale Auswirkung haben, sollen natürlich im Stadtrat diskutiert und entschieden werden. Man dürfe sich jedoch auch keiner Täuschung hingeben. Es sei nicht so, dass man sich an das, was man beschließen wolle, gar nicht gebunden fühle. Am Ende müssten die Zahlen schon kommen; selbstverständlich sei aber in der Sache noch Bewegung. Was die Ablösung der Altdefizite angehe, so sei es richtig, dass nicht mehr da stehe als vorher. Die Beschlüsse seien nur ein wenig modifiziert worden. Man habe sich aber mit der Aufsicht verständigt, dass innerhalb der Verwaltung dargelegt werden soll, wie man sich das vorstellt. Sie habe die Hoffnung, mit dem jetzt vorgelegten Papier – wenn man im Stadtrat eine breite Zustimmung dafür bekomme – wirklich einen Schritt weiter zu kommen und Akzeptanz zu finden.

Frau **Wolff** fragte, was passiere, wenn das Landesverwaltungsamt diesem Konzept nicht zustimme.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, man solle positiv diskutieren. Die Verwaltung gehe davon aus, dass diese Beschlussfassung ausreiche, um eine Zustimmung vom Landesverwaltungsamt zu erhalten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

**bei 10 Nein-Stimmen
9 Enthaltungen**

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2005, den Haushaltsplan 2005 und das Haushaltskonsolidierungskonzept einschließlich der konzeptionellen Untersetzung der zusätzlichen Konsolidierung in Höhe von 25 Mio. €.
 2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2003 zur Kenntnis.
 3. Der Stadtrat bestätigt das Konzept zum Abbau der Altfehlbeträge und beauftragt die BMA BeteiligungsManagementAnstalt Halle (Saale), die Vorschläge des Konzepts zu untersetzen und die weitere Vorgehensweise aufzuzeigen. Die Aktivitäten der BMA zur Realisierung der Vorschläge zum Ausgleich des kumulierten Haushaltsdefizits werden durch den Finanzausschuss begleitet. Nach Befassung der zuständigen Gremien sind die Vorschläge dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.
-

**zu 5.3 Gutachten zur "Strategischen Neuausrichtung der
Wirtschaftsförderung der Stadt Halle"**
Vorlage: IV/2005/05095

Wortprotokoll:

Herr **Bartl** informierte, dass Herr Dr. Bratzke, Geschäftsführender Vorstand des Institutes für Strukturpolitik und Wirtschaftsförderung Halle-Leipzig e.V., für Erläuterungen zur Verfügung stehe und fragte den Stadtrat, ob er ein Rederecht einräumen wolle bzw. ob überhaupt Diskussionsbedarf bestehe.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, erklärte, er sehe keinen Anlass für Erläuterungen. Sollte sich dies in der Diskussion ergeben, könne gern das Rederecht gewährt werden

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat nimmt die Ergebnisse des Gutachtens des isw zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Erarbeitung eines Umsetzungsvorschlages.
 2. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, bis Dezember 2005 einen umsetzungsorientierten Maßnahmenplan zu erstellen, der – im Umfang der vorgeschlagenen gutachterlichen Maßnahmen – eine Realisierung des Konzepts zur strategischen Neuausrichtung der Wirtschaftsförderung in den Haushaltsjahren 2006 und 2007 festlegt und die einzelnen Maßnahmen prioritär gewichtet.
 3. Bei der Umsetzung der Ergebnisse des Gutachtens ist darauf zu achten, dass die privatwirtschaftlich zu organisierenden Bereiche der Wirtschaftsförderung möglichst komplex strukturiert werden und insbesondere eine enge Vernetzung mit der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH erfolgt. In diesem Zusammenhang muss auch untersucht werden, ob die funktionelle Ausgliederung von Tätigkeitsfeldern nicht unter Zuhilfenahme bereits vorhandener städtischer Gesellschaften erfolgen kann.
 4. Für den Fachbereich Wirtschaftsförderung ist bis zum Februar 2006 ein Fachkonzept zu erstellen, welches die von den Gutachtern empfohlene Konzentration auf Kernaufgaben berücksichtigt.
-

**zu 5.4 Aufhebung des Beschlusses des Stadtrates der Stadt Halle vom
26.01.2000 zur Bildung des Polizeibeirates**
Vorlage: IV/2005/05013

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Auflösung des Polizeibeirates.
 2. Die Aufgaben des seinerzeit eingerichteten Polizeibeirates werden in den Präventionsrat integriert. Dazu wird der Punkt 3.1. (Aufgaben) der Beschlussvorlage III/2001/01855 - Halle Sicherheit durch Verantwortung „Präventionsrat gegen Rassismus, Gewalt und Kriminalität – für Toleranz und Integration“ – (Anlage 4) um folgende Punkte erweitert:
 - Jährliche Einschätzung zur Kriminalitätslage in der Stadt Halle
 - Jährliche Einschätzung zum Unfallgeschehen in der Stadt Halle
 - Erfahrungsberichte der Jugendkontaktbeamten
 - Bericht zur Drogensituation in der Stadt
 - Bericht der Ermittlungsgruppe Graffiti
 - Regelmäßige Informationen über das Tätig werden der Polizei bei besonderen Anlässen (z. B. Kundgebungen, Demonstrationen).
-

zu 5.5 Neufassung der Vereinbarung über die bestehende Städtepartnerschaft zwischen Halle (Saale) und Linz
Vorlage: IV/2005/05133

Wortprotokoll:

Frau **Ewert**, SPD-Fraktion, merkte an, da eine Städtepartnerschaft auch mit Leben gefüllt werden müsse, sei ihr bei der Auflistung der Aktivitäten aufgefallen, dass das Stadtmarketing nicht beteiligt sei und dass bei den Schulen nichts laufe. Sie gebe den Anstoß an die Verwaltung, in dieser Richtung tätig zu werden und zu versuchen, den Schüleraustausch zu befördern.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die Neufassung der Vereinbarung über die bestehende Städtepartnerschaft zwischen der Stadt Halle (Saale) und der Landeshauptstadt Linz.

zu 5.7 Bebauungsplan Nr. 140 Ortskern Dörlau - Aufstellungsbeschluss
Vorlage: IV/2005/04984

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 140 für das Gebiet des Ortskernes Dörlau innerhalb des in der Anlage dargestellten Geltungsbereiches wird beschlossen.
 2. Die Verwaltung wird beauftragt, den Aufstellungsbeschluss ortsüblich bekannt zu machen.
-

**zu 5.8 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Halleschen
Wohnungsgesellschaft mbH**
Vorlage: IV/2005/05187

Wortprotokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies auf eine Änderung im Beschlusstext, Punkt 2, hin:
Zu streichen sei „satzungsmäßigen“, dafür einzusetzen „**anderen**“.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt,
folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der Halleschen Wohnungsgesellschaft mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Ernst & Young AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 21.04.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	446.915,88 €
Die Bilanzsumme beträgt	547.836.197,93 €

2. Der nach Einstellung in die satzungsmäßige Rücklage verbleibende Teil des Jahresüberschusses 2004 in Höhe von 402.224,29 € sowie der Gewinnvortrag aus dem Geschäftsjahr 2003 in Höhe von 501.396,37 € werden der anderen Rücklage zugeführt.
 3. Dem Geschäftsführer der Halleschen Wohnungsgesellschaft, Herrn Dr. Wahlen wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
 4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.
-

**zu 5.9 Feststellung Jahresabschluss 2004 der GWG für Wohn- und
Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH**
Vorlage: IV/2005/05100

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin als Vertreterin der Gesellschafterin Stadt wird ermächtigt, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der GWG Gesellschaft für Wohn- und Gewerbeimmobilien Halle-Neustadt mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der WIBERA Wirtschaftsberatung AG geprüften und am 10.05.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt: 1.584.808,59 €
Die Bilanzsumme beträgt: 355.584.208,18 €

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 1.584.808,59 € wird der Gewinnrücklage zugeführt.
 3. Dem Geschäftsführer Herrn Udo Mittinger wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
 4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.
-

zu 5.10 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH
Vorlage: IV/2005/05078

Wortprotokoll:

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, fragte, warum dieses Gremium keinen Aufsichtsrat habe.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, das Gremium sei so klein, dass man entschieden habe, dass die Gesellschafter selbst in der Gesellschafterversammlung beraten.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung der Oberbürgermeisterin in der Gesellschafterversammlung der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vom 01.04.2005:

1. **Der vom Geschäftsführer der Stadtmarketing Halle (Saale) GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der vom Wirtschaftsprüfer und Steuerberater Manfred Bruckhoff geprüften und am 21.03.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

 Der Jahresfehlbetrag beträgt 67.307,65 €
 Die Bilanzsumme beträgt 334.603,00 €

 2. **Der Jahresfehlbetrag von 67.307,65 € wird mit dem Gewinnvortrag von 148.550,39 € verrechnet. Der verbleibende Betrag von 81.242,74 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

 3. **Der Geschäftsführer wird für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.**
-

**zu 5.11 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Entwicklungsgesellschaft
Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG**
Vorlage: IV/2005/05117

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG zu folgender Beschlussfassung:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungsgesellschaft Industriegebiet Halle-Saalkreis mbH & Co. KG vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2003 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 26.04.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	209.757,55 €
Die Bilanzsumme beträgt	23.519.070,65 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 209.757,55 € wird gemäß § 10 des Gesellschaftervertrages mit der Kapitalrücklage verrechnet.
-

**zu 5.12 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Entwicklungs- und
Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH**
Vorlage: IV/2005/05118

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) ermächtigt die Oberbürgermeisterin als gesetzliche Vertreterin der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der vom Geschäftsführer der Entwicklungs- und Verwaltungsgesellschaft Halle-Saalkreis mbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der BDO Deutsche Warentreuhand AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüften und am 26.04.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresfehlbetrag beträgt	415.447,02 €
Die Bilanzsumme beträgt	406.018,38 €

2. Der Jahresfehlbetrag in Höhe von 415.447,02 € wird mit der Kapitalrücklage verrechnet.
-

**Zu 5.13 Feststellung Jahresabschluss 2004 der TGZ Halle Technologie- und
Gründerzentrum Halle GmbH**
Vorlage: IV/2005/05119

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der TGZ Halle Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vom 30.06.2005:

1. Der von den Geschäftsführern der Technologie- und Gründerzentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 03.06.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	151.081,95 €
Die Bilanzsumme beträgt	24.228.287,48 €

2. Der Jahresüberschuss von 151.081,95 € wird in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.
 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.
-

zu 5.14 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Bio-Zentrum Halle GmbH

Vorlage: IV/2005/05120

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Bio-Zentrum Halle GmbH vom 30.06.2005:

- 1. Der von den Geschäftsführern der Bio-Zentrum Halle GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Jahres 2004 wird in der von der Wirtschaftsprüfungs- und Steuerberatungsgesellschaft Euregio Südwest GmbH geprüften und am 03.06.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.**

Der Jahresüberschuss beträgt	185.500,27 €
Die Bilanzsumme beträgt	14.998.343,98 €

- 2. Der Jahresüberschuss von 185.500,27 € wird in eine Rücklage für Bauinstandhaltung eingestellt.**
-

**zu 5.15 Feststellung Jahresabschluss 2004 der "Akazienhof" gemeinnützige
Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH**
Vorlage: IV/2005/05106

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Oberbürgermeisterin bzw. der gemäß § 119 Abs. 1 Satz 1 GO LSA beauftragte Vertreter wird ermächtigt, in der Gesellschafterversammlung der „Akazienhof“ - gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der von der Geschäftsführung der "Akazienhof" gemeinnützige Heimgesellschaft der Stadt Halle (Saale) am Melanchthonplatz mbH vorgelegte, von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC Deutsche Revision AG geprüfte und am 10.05.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2004 wird festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	440.278,75 €
Die Bilanzsumme beträgt	29.226.753,66 €

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 440.278,75 € wird in die Bilanzposition "andere Gewinnrücklagen" gemäß § 272 Abs. 3 Handelsgesetzbuch eingestellt.
-

**zu 5.16 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Flugplatzgesellschaft mbH
Halle/Oppin**
Vorlage: IV/2005/05104

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt folgende Beschlussfassung des Vertreters der Stadt in der Gesellschafterversammlung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vom 20.06.2005:

1. Der von der Geschäftsführung der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin vorgelegte Jahresabschluss 2004 wird in der von der Dipl. Kfm. Henschke und Partner GbR geprüften und am 21.04.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Der Jahresüberschuss beträgt	214.569,58 €
Die Bilanzsumme beträgt	2.487.531,16 €

2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 214.569,58 € wird auf neue Rechnung vorgetragen.
 3. Der Geschäftsführerin, Frau Renate Scherbel, wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
 4. Die Mitglieder des Aufsichtsrates der Flugplatzgesellschaft mbH Halle/Oppin werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.
-

**zu 5.17 Feststellung Jahresabschluss 2004 der Mitteldeutscher
Verkehrsverbund GmbH**
Vorlage: IV/2005/05111

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) genehmigt die Zustimmung des städtischen Vertreters in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vom 20.07.2005 zu folgendem Beschluss:

1. Der vom Geschäftsführer der Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH vorgelegte Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2004 wird in der von der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG geprüften und am 03.06.2005 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Form festgestellt.

Das Jahresergebnis beträgt	0,00 €
Die Bilanzsumme beträgt	3.856.610,52 €

2. Der Geschäftsführung der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH wird für das Geschäftsjahr 2004 Entlastung erteilt.
 3. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für das Geschäftsjahr 2004 entlastet.
-

zu 6 **Wiedervorlage**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
MitBürger zum Haushalt 2006**
Vorlage: IV/2005/05041

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich z u g e s t i m m t**

Beschluss (in modifizierter Form):

**Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat, sobald die Verwaltung über die Eckwerte des Haushaltes 2007 verfügt – spätestens im Mai 2006 - diese vorzustellen und diese den Fachausschüssen zur Beratung vorzulegen.
Ziel ist eine Festlegung des Finanzrahmens für Bereichsbudgets als verbindliche Vorgabe für die Aufstellung der Einzelhaushalte durch die Fachverwaltungen und die beteiligten Fachausschüsse.**

**zu 6.2 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Aufstellung touristischer
Hinweisschilder**
Vorlage: IV/2005/05048

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

1. Der Stadtrat unterstützt die Bemühungen des Landesmuseums für Vorgeschichte und der Franckeschen Stiftungen, touristische Schilder mit Hinweisen auf diese Einrichtungen an den Autobahnabfahrten für Halle aufzustellen.
 2. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, sich bei der Landesverwaltung für die Aufstellung solcher Schilder einzusetzen.
-

zu 7 Anträge von Fraktionen und Stadträten

- zu 7.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur Benennung eines sachkundigen
Einwohners im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und
Beschäftigung**
Vorlage: IV/2005/05217
-

Wortprotokoll:

Es gab keine Wortmeldungen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Als sachkundiger Einwohner im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung scheidet Herr Mario K e r z e l aus.**
 - 2. Herr Ulrich R i c h t e r wird als sachkundiger Einwohner für den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Beschäftigung benannt.**
-

zu 7.2 Antrag des Stadtrates Heinz Maluch und der Stadträtin Brigitte Thieme - Die Grauen-Graue Panther - zur Seniorenpolitik der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: IV/2005/05222

Wortprotokoll:

Herr **Maluch**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, begründete den Antrag und modifizierte ihn folgendermaßen, es solle nicht bis zum Ende des Jahres, sondern innerhalb eines halben Jahres ein konkreter Maßnahmenplan erarbeitet werden. Ein Bericht sollte aller zwei Jahre gegeben werden.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, aus analytischer Sicht, bezugnehmend auf den Bericht „Alt sein in Halle - Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik“ innerhalb der nächsten sechs Monate einen konkreten, abrechenbaren und kontrollfähigen Maßnahmenplan zu erarbeiten. Über dessen Umsetzung wird im zweijährigen Rhythmus berichtet.

zu 7.3 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur Erweiterung der Vorgartensatzung

Vorlage: IV/2005/05221

Beschlussvorschlag:

Die Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Gestaltung und Einfriedung von Vorgärten (Vorgartensatzung) wird wie folgt geändert:

§ 1 Geltungsbereich

(1) Die Satzung gilt

a) im Gebiet des Paulusviertels in den Grenzen

L.-Wucherer-Straße: von Paracelsusstraße bis Reileck – nördliche Bebauung, einschließlich Martha-Brautzsch-Straße – nördliche und südliche Bebauung,

Reilstraße: von Reileck bis Wolfensteinstraße, östliche Bebauung,

Wolfensteinstraße: von Reilstraße bis Paracelsusstraße, südliche Bebauung

Paracelsusstraße: von Wolfensteinstraße bis L.-Wucherer-Straße, westliche Bebauung

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, freute sich über die Stellungnahme der Stadtverwaltung, fragte jedoch nach, inwieweit Stadtverwaltung und ihre Fraktion auf dem gleichen Informationsstand hinsichtlich der Bauordnung LSA seien. Die Änderung, die derzeit im Land diskutiert werde, sei ihres Erachtens mit dem Vorschlag in die Ausschüsse gegangen, dass bestehende Satzungen nach Änderung der Bauordnung noch fünf Jahre Garantie haben.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, stellte klar, die Stellungnahme der Verwaltung treffe die Intention des Antrages voll und ganz, gehe sogar noch darüber hinaus. Das hänge damit zusammen, dass man dieses Anliegen im Frühjahr schon einmal diskutiert und Handlungsbedarf hinsichtlich von Aktivitäten zur Fortgeltung der Vorgartensatzung festgestellt habe. Damals sei jedoch noch nicht bekannt gewesen, dass die vorhandenen Satzungen fünf Jahre weiter gelten sollen. Deshalb habe die Verwaltung vorbereitet, die Regelungen zum Schutz der Vorgärten in Erhaltungssatzungen einzubauen. Insofern seien bereits sehr weit ausgereifte Erhaltungssatzungen ausgearbeitet worden, die im Januar 2006 beschlussfähig wären.

Frau **Dr. Haerting** meinte, es wäre trotzdem unschädlich, dem Antrag zuzustimmen, denn noch sei die Satzung nicht beschlossen.

Herr **Dr. Pohlack** erwiderte, vom Verfahrensablauf wäre das aus Sicht der Verwaltung unnötig.

Frau **Schlüter-Gerboth**, Fraktion Die Linkspartei. PDS, stellte Diskussionsbedarf fest und beantragte namens ihrer Fraktion die Verweisung des Antrages in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten.

Aus den Reihen der Verwaltung wurde korrigiert, es handle sich um eine reine Planungsangelegenheit; es sei der Ausschuss für Planungsangelegenheiten zuständig. Dem stimmte die Antragstellerin zu.

Herr **Scholze**, Fraktionsgemeinschaft FDP + GRAUE + WG VS 90, erinnerte sich daran, dass im Stadtrat vor einigen Monaten ein Antrag beschlossen worden sei im Bezug auf Erhaltungssatzungen, das städtische Baurecht zu entrümpeln und auf die Notwendigkeit hin noch einmal zu untersuchen. Die Intention, die er seinerzeit verfolgt habe, sei gewesen, dass man am Ende zu weniger Erhaltungssatzungen komme. Nun sei er erstaunt, dass man am Ende der Diskussion womöglich im Januar 2006 zu mehr Erhaltungssatzungen kommen werde, wo doch klar sei, dass die Hauseigentümer, die davon betroffen seien, nicht mehr die Förderung nach dem Investitionszulagegesetz erhalten. Da sollte im politischen Raum eine Abwägung darüber stattfinden, was man Hauseigentümern zumuten möchte und was nicht.

Herr **Dr. Pohlack** erwiderte, dieser Widerspruch bestehe nur scheinbar. Man habe sich damals vorgenommen, alle die Erhaltungssatzungen außer Kraft zu setzen, die ausschließlich dem Mitnahmeeffekt im Zusammenhang mit dem Investitionserleichterungsgesetz gedient haben. Eine Erhaltungssatzung habe aber im Kern ihres Sinns eine ganz andere Aufgabe, nämlich eine besondere städtebauliche Eigenart eines Gebietes zu schützen. Wenn man sich im Areal des Paulusviertel darüber einig sei, dass man dieses Schutzziel verfolgen wolle, sollte man an dieser Stelle die Erhaltungssatzung nicht aufheben.

Frau **Haupt**, SPD-Fraktion, fragte, wann eine Erhaltungssatzung rechtsgültig sei.

Herr **Dr. Pohlack** antwortete, sie sei in dem Moment rechtsgültig, nachdem sie veröffentlicht worden sei.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion die Linkspartei. PDS in den
– **Ausschuss für Planungsangelegenheiten**
verwiesen.

zu 7.4 Antrag der Fraktion WIR. FÜR HALLE. - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - MitBürger zur nachhaltigen Energieversorgung städtischer Gebäude zu wettbewerbsfähigen Preisen
Vorlage: IV/2005/05219

Beschlussvorschlag:

- 1. Die Stadtverwaltung und der Eigenbetrieb ZGM der Stadt Halle (Saale) werden beauftragt, aus dem verwalteten Gebäudebestand mindestens fünf kommunale Liegenschaften als Pool für ein Energiespar-Contracting-Modell in Halle auszuwählen, eine notwendige Feinanalyse zu realisieren und die Ausschreibungen zu veranlassen. Die ausgewählten Gebäude sollen exemplarisch die unterschiedlichen Energiebedarfsstrukturen repräsentieren:
 - wärmeorientiert
 - mit hohem Warmwasseranteil
 - mit hohem Stromanteil
 - saniertes Objekt
 - un- oder teilsaniertes Objekt.Die Ausschreibungen werden so strukturiert, dass vor allem die lokalen und regionalen Anbieter eine Chance auf den Zuschlag bekommen.
Bei der Auswahl der Contracting-Angebote ist insbesondere Wert zu legen auf langfristige Preisstabilität und nachhaltige Sicherheit der Energieversorgung (Reduzierung der Abhängigkeit von Marktentwicklungen auf dem Öl- und Gasmarkt).*
- 2. Die Stadtverwaltung und der Eigenbetrieb ZGM der Stadt Halle (Saale) werden beauftragt, an einer geeigneten Dach- oder Fassadenfläche eines kommunalen Gebäudes ein Modellprojekt aus dem Bereich der Solarthermie zu realisieren.*
- 3. Die Stadtverwaltung und das ZGM werden beauftragt, über die Umsetzung der Maßnahmen dem Stadtrat jährlich zu berichten.*
- 4. Der Stadtrat beschließt, im Haushalt 2006 ein spezielles Budget für Energiesparmaßnahmen einzurichten.*

Wortprotokoll:

Herr **Weihrich**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – MitBürger, erläuterte den Antrag, der beinhaltet, eine besondere Variante des PPP durchzusetzen. Es gehe darum, Energiesparmaßnahmen von Dritten finanzieren zu lassen und mit den ersparten Mitteln dann diese Maßnahmen zu refinanzieren. Dass das funktionieren, zeigten viele Beispiele in anderen Städten.

Die Frage der Solarthermie sei aus seiner Sicht auch ein ganz wesentlicher Punkt, dort Erfahrungen zu sammeln, weil das eine Maßnahme sei, die sich sehr schnell amortisiere. Insofern widerspreche er der Antwort der Verwaltung und gehe davon aus, dass Verwaltung bzw. ZGM hier mit Zahlen arbeiten, die überzogen seien.

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte, sie könne auch nicht verstehen, warum die Verwaltung dem Punkt 2 des Antrages nicht zustimme. Bei der EVH gebe es einen Öko-Verein, der schon seit einiger Zeit Flächen suche, auf denen genau diese Projekte umgesetzt werden können.

Namens ihrer Fraktion verweise sie den Antrag in den Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten und in den Finanzausschuss.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf die Stellungnahme der Verwaltung, in der zum Ausdruck komme, woran es hänge: es müsse ein Eigenanteil von der Kommune aufgebracht werden.

Frau **Wolff** meinte, dann solle die Angelegenheit geprüft werden, sie wisse, dass der Verein bei der EVH diese Gelder habe.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, erklärte, er könne nur die Verweisung in den Finanzausschuss nachvollziehen, die in einen anderen Ausschuss nicht.

Herr **Bartl** stellte die Verweisung des Antrages in den Finanzausschuss fest.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, ergänzte, aus seiner Sicht würde der Antrag noch in den Betriebsausschuss ZGM gehören.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** korrigierte, wenn dieser Ausschuss einzubeziehen sei, müsse die Verwaltung dafür sorgen, dass er sich damit befasse. Dieser Ausschuss sei kein Stadtratsausschuss.

Herr **Bönisch** meinte, der Betriebsausschuss ZGM sei erst dann einzubeziehen, wenn eine Realisierung des Antrages beschlossen werde.

Weitere Anmerkungen gab es nicht.

Der Antrag wurde durch Geschäftsordnungsantrag der Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE in den
- **Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften**
verwiesen.

**zu 7.5 Antrag der Stadträtin Dr. Gesine Haerting - BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
- zum Energiesparen in Dienstgebäuden der Stadtverwaltung**
Vorlage: IV/2005/05223

Wortprotokoll:

Frau **Dr. Haerting**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, erklärte, ihr Antrag basiere auf einer abschlägig beschiedenen Anfrage, inwieweit es bisher üblich sei, dass nach Dienstschluss in den Dienstgebäuden geschaut werde, ob alles abgeschaltet sei, um Kosten zu sparen.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, beantragte namens seiner Fraktion eine Einzelabstimmung der beiden Punkte.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, ging auf Punkt 1 der Stellungnahme der Verwaltung ein und stellte fest, seine Fraktion nehme die Kritik nicht an, denn sie tage im Ratshof, mache dort das Licht aus, die Tür zu und gebe den Schlüssel ab.

Frau **Dr. Haerting** ergänzte ihre Beobachtungen, die sie in den Dienstgebäuden gemacht habe.

Herr **Dr. Pohlack** meinte, er könne die Beobachtungen von Frau Dr. Haerting, dass ständig überall alles an bleibe, nicht teilen. Die vorhandenen Lampen seien Energiesparlampen, die jeden Ein- und Ausschaltzyklus schlecht verträgen, auch ein Kopierer gehe in einen Energiesparmodus hinunter.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis Punkt 1: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Abstimmungsergebnis Punkt 2: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Beschluss:

- 1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt dafür zu sorgen, dass überflüssige Beleuchtung sowie die Kopierer in Dienstgebäuden der Stadtverwaltung nach Dienstschluss abgeschaltet werden.**
 - 2. Die Verwaltung/ZGM wird darüber hinaus beauftragt zu prüfen, ob in Gebäuden, in denen kein dauerhafter Besucherverkehr zu verzeichnen ist, in Treppenfluren, Toiletten und anderen Nebenräumen, schrittweise Bewegungsmelder oder Zeitschalter installiert werden können.**
-

Der Stadtrat legte eine **P a u s e** ein.

zu 8 **Anfragen von Stadträten**

zu 8.1 **Anfrage des Stadtrates Dr. Mohamed Yousif - Die Linkspartei. PDS - über die Einbürgerung von AusländerInnen in der Stadt Halle (Saale)** Vorlage: IV/2005/05195

In der Stadt Halle (Saale) leben ca. 9.500 ausländische MitbürgerInnen.
Ich frage die Stadtverwaltung:

1. **Wie viele AusländerInnen wurden in den Jahren 2003 bis 2005 eingebürgert? (Angaben nach Herkunftsland, Geschlecht, Alter, Einbürgerungsjahr)**
2. **Wie viele Einbürgerungsanträge wurden in o. g. Zeitraum abgelehnt? Was sind die Hauptgründe der Ablehnung?**
3. **Das Zuwanderungsgesetz trat am 1. Januar 2005 in Kraft. Gab es dadurch Verbesserungen für die Antragsteller bzw. eine Steigerung der Einbürgerungsanträge?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes Sachsen-Anhalt wurden im Jahre 2003 87 und im Jahre 2004 66 Ausländer jeweils eingebürgert.
Die Gesamtzahl für das Jahr 2005 kann erst nach Ablauf dieses Jahres festgestellt werden. Soweit die weiteren Angaben nach Herkunftsland, Geschlecht und Alter Gegenstand der Anfrage sind, wurde hier ebenfalls das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt um Auskunft gebeten, da diese Daten der Stadtverwaltung nicht verfügbar sind. Hierzu teilte das Dezernat Öffentlichkeitsarbeit der vorbezeichneten Behörde mit seinem E-Mail-Schreiben vom 13. September 2005 mit, diese Daten könnten gegenwärtig aus personellen Gründen nicht bereitgestellt werden.
Die Verwaltung schlägt daher vor, die benötigten Angaben nochmals beim Statistischen Landesamt Sachsen-Anhalt im I. Quartal 2006 zu erfragen und sodann die Anfrage des Stadtrates zu beantworten.

Zu 2.

Im Zeitraum 2003 bis heute wurde ein Einbürgerungsantrag aufgrund rechtskräftiger Verurteilung wegen einer Straftat bestandskräftig abgelehnt.

Zu 3.

Die Bestimmungen des Staatsangehörigkeitsgesetzes in der bis zum 31. Dezember 2004 gültigen Fassung blieben im Wesentlichen unverändert. Soweit die Rechtsvorschriften für die Anspruchseinbürgerung nunmehr seit dem 01. Januar 2005 Bestandteil des Staatsangehörigkeitsgesetzes sind, wurde die Dauer des rechtmäßigen gewöhnlichen Aufenthalts im Inland als Einbürgerungsvoraussetzung von acht auf sieben Jahre verkürzt, soweit ein Ausländer durch eine Bescheinigung die erfolgreiche Teilnahme an einem Integrationskurs nachweist.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt kann nicht beurteilt werden, ob es bis zum Ende dieses Jahres eine Steigerung der Anzahl der Einbürgerungsanträge geben wird. Aktuell ist die Tendenz eher gegenläufig.
Insoweit wird auch hier vorgeschlagen, diese Frage im I. Quartal 2006 zu beantworten.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Herr **Dr. Yousif**, Fraktion, Die Linkspartei. PDS, erklärte, die Antwort sei nicht zufrieden stellend, sie sei unvollständig.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, die Angaben zur Einbürgerung ausländischer Bürger in den Jahre 2003 und 2004 lägen in der Zuständigkeit des Landesverwaltungsamtes. Statistische Angaben würden durch das Statistische Landesamt erhoben und lägen derzeit noch nicht vor.

Die Antwort wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.2 Anfrage des Stadtrates Martin Bauersfeld - CDU - bezüglich der Situation HERMES-Areal
Vorlage: IV/2005/05215

- 1. Welche rechtlichen und politischen Schritte hat die Verwaltung unternommen, um die Investition auf dem HERMES-Areal doch noch zu ermöglichen?**
- 2. Ist die Klageschrift inzwischen erstellt?**
- 3. Gibt es einen ersten Gerichtstermin?**
- 4. Ist die Verwaltung beim Wirtschaftsminister vorstellig geworden?**
- 5. Wie betreut die Verwaltung den potentiellen Investor?**
- 6. Welche Verzögerung kann der Investor noch akzeptieren?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.)

Die Stadt hat den Stadtrat darüber informiert, dass das Landesverwaltungsamt die Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 6 „Mischbaufläche am Dessauer Platz“ nicht genehmigt hat.

Entsprechend der Festlegung in der Sitzung des Stadtrates im Mai dieses Jahres hat die Verwaltung fristwährend Klage beim Verwaltungsgericht Halle gegen den Bescheid des Landesverwaltungsamtes vom 3.5.2005 eingelegt.

Zu 2.)

Der Fachbereich Recht hat den Auftrag zu prüfen, ob eine Klage Aussicht auf Erfolg hat. Für die Sitzung des Stadtrates im Oktober wird eine Vorlage eingebracht, die einen Vorschlag für das weitere Verfahren zum Gegenstand hat.

Zu 3.)

Es gibt noch keinen Gerichtstermin.

Zu 4.)

Einen Termin der Verwaltung beim Wirtschaftsminister zum Hermes-Areal hat es nicht gegeben.

Zu 5.)

Die Grundstücksgesellschaft Hermes Objekt Halle/Saale, in Person vertreten durch Herrn Haberstroh, ist für die Stadtverwaltung der Ansprechpartner. Mit Herrn Haberstroh wurde der Erschließungsvertrag abgeschlossen.

Die Verwaltung steht im ständigen wechselseitigen Kontakt zum Informationsaustausch bezüglich des Sachstandes Flächennutzungsplanänderung als auch Erschließungsvertrag und Bürgerschaft.

Zu 6.)

Diese Frage kann nur der Investor selbst beantworten. Ihm ist die Sachlage bekannt. Über die mögliche Zeitdauer eines Klageverfahrens wurde er informiert.

Bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit ist mit einer Verfahrensdauer bis zu einer Entscheidung in der I. Instanz von 2 bis 3 Jahren zu rechnen.

gez. Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Wortprotokoll:

Herr **Bauersfeld**, CDU-Fraktion, ging auf die Antwort der Verwaltung ein: Sie weise auf das Thema Wirtschaftsförderung hin. Heute sei ein Papier zu Neustrukturierung und Ausrichtung der Wirtschaftsförderung beschlossen worden; darin sei u. a. die Rede davon, dass alle in der Verwaltung Wirtschaftsförderer sein sollten. Die Behandlung des Themas HERMES-Areal sei ein deutlicher Beleg dafür, dass genau das Gegenteil der Fall sei.

Die Klage sei zwar eingereicht worden, aber bislang (seit Mai 2005) sei noch keine Begründung der Klage erfolgt. Wie es aussähe, sei auch das Verhältnis zwischen Landesverwaltungsamt und Planungsamt deutlich gestört, so dass auch dort die entsprechenden Wege nicht eingeleitet worden seien. Das gesamte Projekt laufe mittlerweile sechs Jahre und ziehe sich weiter hin. Die Antwort der Verwaltung zeige ganz deutlich, wie schlecht hier mit Investoren umgegangen werde. Wenn dies weiter bekannt werde, werde es sich der nächste Investor sicherlich nicht antun, hier einen jahrzehntelangen Weg zu beschreiten.

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, der Eindruck, die Stadt würde den Investor am langen Arm verhungern lassen, sei garantiert nicht richtig. Die Verwaltung habe sich immer intensiv für die Herstellung des Planungsrecht In diesem Areal eingesetzt. Das Problem sei, dass die Genehmigungsfähigkeit dieses Vorhabens an dieser Stelle sich auf einem sehr schmalen Grat bewege. Auch für einen Juristen sei es relativ schwierig eine Klageschrift zu formulieren, die erfolgreich sei. Die Verwaltung stehe in ständigem Kontakt mit dem Investor, so gesehen, müsse sich die Verwaltung diesen Vorwurf nicht machen. Auch bestehe kein schlechtes Verhältnis zwischen Landesverwaltungsamt und Stadtplanungsamt.

Die Antwort der Verwaltung wurde mit Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Anfrage der CDU-Fraktion zum Ergebnis der zeitweiligen Öffnung der Kaiserslauterer Straße

Vorlage: IV/2005/05212

Im Rahmen der Einwohnerfragestunde zur 10. Stadtratssitzung am 27.04.2005 teilte der Beigeordnete für Planen und Bauen, Herr Dr. Pohlack, mit, dass die Kaiserslauterer Straße nach Pfingsten für drei Monate probeweise geöffnet würde. Die Durchfahrt sollte ausschließlich für PKW bei Tempo 30 gestattet werden.

Zwischenzeitlich sind diese drei Monate vergangen.

Daher fragt die CDU-Fraktion:

- 1. Welche Erfahrungen wurden mit der Öffnung der Kaiserslauterer Straße unter Berücksichtigung der hier vorgesehenen Einschränkungen gemacht?**
- 2. Welche Konsequenzen wird die Stadtverwaltung aus dem zeitlich begrenzten Experiment „Öffnung Kaiserslauterer Straße“ ziehen?**

Antwort der Verwaltung:

Zu 1.

Die Kaiserslauterer Straße ist seit dem 20.05.2005 für den Kfz-Verkehr durchgehend befahrbar. Dabei wurde die Höchstgeschwindigkeit aufgrund des schlechten Straßenzustandes zwischen Südstadtring und Bremer Straße auf 30 km/h beschränkt. Außerdem ist der durchgehende Schwerverkehr (Lkw) durch eine Tonnagebegrenzung auf 3,5 t zwischen Prager Straße und Bremer Straße ausgeschlossen.

Entgegen der Verkehrsprognose und der allgemeinen Erwartung ist das Verkehrsaufkommen in Höhe des ehemaligen Tores mit bisher nur knapp über 1.000 Kfz/Werks-Tag relativ gering. Entsprechend mehrerer Messungen und Beobachtungen wird sowohl die Geschwindigkeitsbeschränkung als auch die Tonnagebegrenzung im Allgemeinen eingehalten.

Wir werden Ende September/Anfang Oktober noch einmal Verkehrserhebungen durchführen, deren Ergebnisse wir dann gemeinsam mit der Bürgerinitiative auswerten werden.

Von den Anwohnern bzw. der Bürgerinitiative Wörmlitz wird hauptsächlich der fehlende östliche Gehweg zwischen S-Bahn-Brücke und alter Dorflage Wörmlitz (wichtige Wegeverbindungen) sowie der geräuschintensive Fahrbahnbelag (verschlissenes Pflaster) der Kaiserslauterer Straße bemängelt.

Zu 2.

Auf der Grundlage der vorliegenden Ergebnisse kann gegenwärtig eingeschätzt werden, dass sich die Öffnung als verträglich darstellt. Dabei ist zu beachten, dass die Öffnung bisher nicht weiter publiziert wurde und entscheidende Abschnitte der A 38 in Richtung Göttingen noch nicht fertig gestellt sind.

Der Verkehrsablauf wird weiter sporadisch beobachtet. Die alten Torpfosten werden nach Möglichkeit zurückgebaut. Voraussichtlich im Jahr 2006, nach Fertigstellung der dafür notwendigen Wendestelle auf dem Pflingstanger, soll dann auch die Buslinie 26 über Pflingstanger nach Beesen verlängert werden. Damit verringert sich die Fahrzeit der Bewohner des Kirschberges/Pflingstanger zum Markt um 20 Minuten. Weitere bauliche Veränderungen sind aufgrund der Haushaltslage derzeit nicht möglich.

gez. Dr. Thomas Pohlack
Beigeordneter

Die Antwort der Verwaltung wurde ohne Nachfragen zur Kenntnis genommen.

zu 8.4 Anfrage der Stadtratsfraktionen von CDU und NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE zur zentralen Vorverkaufskasse

Vorlage: IV/2005/05220

Hat die Einführung der zentralen Vorverkaufskasse zu den prognostizierten Mehreinnahmen geführt? (Vorlage III/2003/03178)
Erhöhte sich die Anzahl der verkauften Karten und wie ist die Verteilung auf die beteiligten Einrichtungen?
Konnten die Einsparungen im Personal- und Sachkostenbereich erbracht werden?
Konnte der Kostendeckungsgrad von 76,6% erreicht werden?
In der Phase 2 der Konzeption ab Spielzeit 2004/2005 sollte eine eigene Haushaltsstelle für die Vorverkaufskasse eingerichtet werden.
Warum ist das nicht geschehen und wann ist damit zu rechnen?

Zwischenantwort der Verwaltung:

Aufgrund der zur Beantwortung der Anfrage erforderlichen Recherchen kann dem Stadtrat eine ausführliche Antwort erst zur Stadtratssitzung am 26.10.2005 vorgelegt werden. Dafür wird um Verständnis gebeten.

gez. Dr. habil. Hans-Jochen Marquardt
Beigeordneter für Kultur und Bildung

Wortprotokoll:

Frau **Wolff**, Fraktion NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE, äußerte ihr Unverständnis gegenüber der Antwort der Verwaltung. Sie frage sich, warum Recherchen benötigt würden, wo doch ein entsprechender Stadratsbeschluss schon vor einem Jahr hätte umgesetzt werden müssen.

Zudem würden monatlich Statistiken angefertigt, da könne es nicht so schwierig sein, tatsächlich den Beschluss umzusetzen, der ein Vorschlag aus dem Stadtrat heraus zur Haushaltskonsolidierung gewesen sei.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur und Bildung, antwortete, das Opernhaus und die Kulturinsel seien mit diesen Dingen beschäftigt; beide benötigten noch Zeit, um die entsprechenden Daten abgleichen zu können.

Herr **Bönisch**, CDU-Fraktion, meinte, für die Beantwortung der Anfrage seien drei Wochen Zeit gewesen. Es handle sich um einen sehr überschaubaren Bereich. Man müsse vermuten, wenn es nicht möglich gewesen sei, die Frage in der entsprechenden Zeit zu beantworten, dass dann die ganze Struktur außerordentlich fragwürdig sei. Zumindest Teilfragen hätten beantwortet werden können.

Herr **Dr. Marquardt** gab zu bedenken, dass es keinen SAP-Anschluss für alle daran Beteiligten gäbe.

Frau **Wolff** fragte, in welchem zeitlichen Rahmen die Umsetzung erfolgen solle.

Die Beantwortung der Anfrage erfolgt in der Stadtratstagung am 26.10.2005.

**zu 8.5 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM +
UNABHÄNGIGE - zum Arbeitsmarktpolitischen Programm, Stand
2005, der ARGE**
Vorlage: IV/2005/05225

**Welche Maßnahmen aus dem Arbeitsmarktpolitischen Programm der ARGE sind
bisher in der Stadt Halle (Saale) realisiert worden?**

Antwort der Stadtverwaltung

Aus dem arbeitsmarktpolitischen Programm der ARGE SGB II Halle GmbH sind mit Stand zum 15.09.2005 nachfolgend aufgelistete Arbeitsmarktinstrumente, die kontinuierlich weiter ausgebaut werden, umgesetzt. und erwerbsfähige Hilfeempfänger aktiviert bzw. integriert.

Ist-Stand ermittelt am 15.09.05 aus coSach

Arbeitsmarktinstrument	U 25	Ü 25	Gesamt
Förderung der beruflichen Weiterbildung	164	287	451
Trainingsmaßnahmen (schulisch / betrieblich)	1036	1152	2188
Leistungen zur Unterstützung der Beratung, Vermittlung und der beruflichen Mobilität			4382
Vermittlungsgutschein			94
Einstiegsgeld (für die Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit)	1	37	38
Einstiegsgeld (für die Integration in den regulären Arbeitsmarkt)		8	8
Eingliederungszuschuss (EGZ)	22	175	197
Einstellungszuschuss bei Neugründung (EZN)		10	10
Einstellungszuschuss bei Vertretung (EZV)		1	1
Einbeziehung Dritter nach §37 SGB III	91	523	614
Freie Leistung nach §16 Abs.2 SGB II	138	20	158
Leistungen nach §421 i SGB III	32	184	216
Personalserviceagenturen (PSA)			
Förderung von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	21	144	165
Beschäftigungsschaffende Infrastrukturmaßnahmen		1	1
Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung	659	2170	2829
Arbeitsgelegenheiten (Entgeltvariante)	588	223	811
Durchführung einer vertieften Berufsorientierung			
Förderung benachteiligter Jugendlicher			

Szabados
Bürgermeisterin

zu 8.6 Anfrage der Stadträte Wolff/Schuh - NEUES FORUM + UNABHÄNGIGE - zum Stand der Umsetzung des Projektes "Klimaschutz macht Schule"
Vorlage: IV/2005/05226

In der Stadtratssitzung vom 12.03.2002 wurde der Antrag zum Projekt „Klimaschutz macht Schule“ mit folgendem Inhalt

Der Stadtrat möge beschließen, dass

- 1. das Gemeinschaftsprojekt "Klimaschutz macht Schule" von Stadt, EVH und Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) auf alle öffentliche Schulen, städtische Horte und Kindergärten in städtischer Trägerschaft auszudehnen und*
- 2. dabei das Hamburger Finanzierungsmodell (50 % der erzielten Einsparung werden zur Haushaltskonsolidierung verwendet, 50 % stehen der entsprechenden Einrichtung zur freien Verfügung) zugrunde zu legen ist.*

beschlossen. Vor dem Hintergrund der Haushaltskonsolidierung fragen wir:

- 1. Wie ist der Stand der Umsetzung bezogen auf die beschlossenen Punkte des Antrages?**
- 2. Wie hoch war der Betrag im Jahr 2004 und 2005?**
- 3. Mit welchem haushaltskonsolidierenden Betrag rechnen Sie für die nächsten Jahre?**

Zwischenantwort der Verwaltung:

Eine Antwort auf oben genannte Anfrage wird in der Stadtratssitzung am 26. Oktober 2005 gegeben.

Da eine Abstimmung mit dem Eigenbetrieb Zentrales Gebäudemanagement und dem Fachbereich Schule, Sport und Bäder dazu erforderlich ist, kann die Beantwortung aus zeitlichen Gründen nicht mehr im September erfolgen.

gez. Eberhard Doege
Beigeordneter

zu 9 Mündliche Anfragen von Stadträten

Wortprotokoll:

Frau **Weiß**, CDU-Fraktion, ging auf einen Stadtratsbeschluss vom 25.05.2005 zur Änderung des Gesellschaftsvertrages des städtischen Krankenhaus Martha-Maria ein. Am 15.06.2005 sei der Stadt von der Kommunalaufsicht mitgeteilt worden, dass es keine kommunalrechtlichen Bedenken gäbe. Warum sei bisher diese Änderung nicht vorgenommen worden?

Frau Bürgermeisterin **Szabados** sagte eine schriftliche Antwort zu.

Frau **Tannenberg**, Fraktion Die Linkspartei PDS, nahm Bezug auf eine frühere Anfrage (Dezember 2004) zur Zerbster Straße inklusive der Durchgänge und der Rampen. Sie fragte, inwieweit es eine juristische Würdigung gegeben habe, dass diese Durchgänge öffentlicher Raum bleiben können. Wann werde es bauliche Maßnahmen geben? Wie wolle die Stadt die Anwohner unterstützen?

Herr **Dr. Pohlack**, Beigeordneter für Planen, Bauen und Straßenverkehr, antwortete, die Situation stelle sich rechtlich so kompliziert dar, dass die Frage, die an das Landesverwaltungsamt herangetragen worden sei, bis heute nicht endgültig beantwortet worden sei. Das hänge damit zusammen, dass die Widmung des Durchganges als öffentliche Straße zu DDR-Zeiten entstanden und nicht in den Grundbüchern gesichert worden sei. Er hoffe, in den nächsten drei Wochen vom Landesverwaltungsamt eine juristisch belastbare Aussage zu bekommen.

Herr **Koehn**, SPD-Fraktion, bezog sich auf ein Schreiben des Schaustellerverbandes, in dem es um die Organisation des Weihnachtsmarktes gehe. Stimme es, dass der Weihnachtsmarkt auf den Rummelplatz zwischen Halle-Neustadt und Halle kommen solle? Seien Alternativstandorte geprüft worden? Wie sei die Meinung der Stadtverwaltung zur wirtschaftlichen Entwicklung der Schausteller durch diese Trennung der Plätze?

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit, Umwelt und Sport, antwortete, zur Thema Weihnachtsmarkt habe es im späten Frühjahr eine Beratung mit dem Schaustellerverband und der IHK gegeben. Dabei sei dargelegt worden, welche Schwierigkeit die Stadt derzeit mit ihren verfügbaren Plätzen habe. Es sei eine Prüfung von Alternativflächen zugesagt worden. Im August sei den Schaustellern mitgeteilt worden, dass die Stadt entschieden habe, in diesem Jahr aufgrund der schwierigen Situation der Markthändler den Hallmarkt den Markthändlern auch zur Weihnachtszeit zur Verfügung zu stellen. Aus derzeitiger Sicht stelle sich als Alternativfläche nur der so genannte Festplatz auf der Peißnitz dar.

Frau **Prof. Vent**, Fraktion WIR. FÜR HALLE. – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Mitbürger, äußerte sich zur Absetzung der Beigeordnetenwahl und fragte nach dem weiteren Vorgehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** nannte einen Termin für die Runde der Fraktionsvorsitzenden.

Herr **Heft**, Fraktion Die Linkspartei PDS, kam auf das Salzfest, das in der vergangenen Woche gefeiert wurde, zu sprechen. Es habe Kritik am Verhalten einzelner Mitarbeiter des Ordnungsamtes gegeben, weil im Bereich der Oleariusstraße den Schaustellern zum Abstellen ihrer Schwerlasttransporter Stellflächen unmittelbar vor den Einzelhandelsgeschäften zugewiesen worden seien. In welchem Umfang nähme die Oberbürgermeisterin Einfluss, um den Einzelhandel in der Stadt vor solch wirtschaftshemmenden und zu Umsatzeinbußen führenden Erscheinungen zu schützen? Eine weitere Frage betreffe den Umbau der Treppenanlage zwischen Markt und Hallmarkt. Er habe die Information erhalten, dass die dort angesiedelten Einzelhändler bis heute über den Umbau nicht informiert worden seien. Er frage, wann werde informiert und warum sei bisher nicht informiert worden.

Herr **Doege** sagte eine schriftliche Antwort – abgestimmt mit allen Beteiligten - zum Thema Abstellflächen zu.

Herr **Dr. Pohlack** antwortete, der Bauablauf zum Umbau der Treppenanlage sei seit Jahren öffentlich bekannt. Er werde recherchieren, woher dieser Vorwurf des Nichtinformiertseins komme.

Weitere Anfragen wurden nicht gestellt.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** griff erneut das Thema Wahl des Beigeordneten Zentraler Service auf.

Es wurden Möglichkeiten der weiteren Verfahrensweise besprochen.

Nach einer Auszeit wurde ein Geschäftsordnungsantrag der Oberbürgermeisterin zur Abstimmung gestellt: Abweichend von der Geschäftsordnung – wenn niemand widerspreche – solle man noch einmal TOP 5.2 aufrufen, um folgende Beschlussfassung vorzunehmen: *Der Stadtrat beschließt, den Tagesordnungspunkt 5.2 von der Tagesordnung abzusetzen und auf die Sitzung am 26.10.2005 zu verschieben.*

Diesem Verfahren widersprach kein Stadtrat.

Abstimmung Geschäftsordnungsantrag: mehrheitlich z u g e s t i m m t
bei 1 Nein-Stimme

zu 10 **Mitteilungen**

zu 10.1 **Information des Projektsteuerers IPM an den Stadtrat der Stadt Halle (Saale) "31. Quartalsbericht Straßenbahnneubaumaßnahme Halle-Neustadt/ Hauptbahnhof"** **Vorlage: IV/2005/05192**

Wortprotokoll:

Die schriftlich vorliegende Information wurde zur Kenntnis genommen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** informierte, dass sich das Unternehmen DELL entschieden habe, seinen Produktionsstandort nicht in Deutschland anzusiedeln.

zu 11 **Anträge auf Akteneinsicht**

Wortprotokoll:

Herr **Bartl** informierte, dass die CDU-Fraktion Anträge auf Akteneinsicht gestellt habe zu

- allen Unterlagen in Bezug der Stellenausschreibung Kulturmanager
- allen Unterlagen in Bezug auf die Stellenausschreibung Fachbereichsleiterin/leiter Organisation und Personalwesen und Fachbereich Grünflächen

Weitere Mitteilungen lagen nicht vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die 14. öffentliche Tagung des Stadtrates.

Harald Bartl
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Kraft
Protokollführerin

